Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5655**

16. Wahlperiode 13. 06. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksache 16/5436 –

Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Unterstützung der Überwachungsmission AMIS der Afrikanischen Union (AU) in der Region Darfur/Sudan auf Grundlage der Resolutionen 1556 (2004) und 1564 (2004) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 30. Juli 2004 und 18. September 2004

A. Problem

Der anhaltende Konflikt im sudanesischen Darfur hat zu einer der größten humanitären Katastrophen und menschenrechtlichen Krisen weltweit geführt. Ziel der Mission der AU ist es, durch eine deutliche erhöhte Präsenz von Beobachtern die Umsetzung des Darfur-Friedensabkommens zu überwachen, zur Stabilisierung der Lage beizutragen sowie humanitäre Hilfeleistungen zu ermöglichen. Zudem hat die Mission den Auftrag, Zivilbevölkerung zu schützen, die in unmittelbarer Bedrohung angetroffen wird. Die AU-Mission in Darfur (AMIS) ist unterfinanziert und kaum noch einsatzfähig. Angesichts der anhaltenden sudanesischen Ablehnung einer VN-Mission in Darfur gemäß Sicherheitsratsresolution 1706 (2006) wird daher als Alternative eine gemeinsame AU-VN-Mission („Hybridmission“) angestrebt, die in drei Stufen umgesetzt werden soll. Eine Einigung über die eigentliche „Hybridmission“ im Umfang von über 20 000 Soldaten und Polizisten, die beide Missionen unter einem einheitlichen Kommando zusammenführen soll, ist bislang noch nicht erreicht, so dass deren Beginn nicht vor Anfang 2008 zu erwarten ist. Vor diesem Hintergrund ist mit einer weiteren Verlängerung des AMIS-Mandats durch den Friedens- und Sicherheitsrat der AU um bis zu sechs Monate zu rechnen. Die Unterstützungsleistungen für die AU-Mission sind Teil des besonderen Engagements der Bundesregierung, um zu einer nachhaltigen Befriedung des gesamten Sudan beizutragen. Die jetzt beantragte Verlängerung des bestehenden Bundestagsmandats für AMIS bis zum 15. Dezember 2007 wird für nötig erachtet, um während des geplanten Überleitungsprozesses der Mission in Darfur, die absehbar unabhängig von UNMIS bleiben wird, ein fortgesetztes deutsches Engagement im bisherigen Umfang zu ermöglichen. Die Verlängerung wird unter der Voraussetzung beantragt, dass die völkerrechtliche Grundlage bestehen bleibt.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Der Haushaltsausschuss nimmt gemäß § 96 GO-BT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/5436 unverändert anzunehmen.

Berlin, den 13. Juni 2007

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Eckart von Klaeden
Berichterstatter

Dr. Herta Däubler-Gmelin
Berichterstatterin

Marina Schuster
Berichterstatterin

Monika Knoche
Berichterstatterin

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Eckart von Klaeden, Dr. Herta Däubler-Gmelin, Marina Schuster, Monika Knoche und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/5436** in seiner 102. Sitzung am 13. Juni 2007 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Rechtsausschuss, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie dem Haushaltsausschuss gem. § 96 GO überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 67. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 51. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 37. Sitzung am 12. Juni 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 39. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 13. Juni 2007 vorbehaltlich der Überweisung durch das Plenum am gleichen Tag beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

IV. Beratung im Haushaltsausschuss

Der **Haushaltsausschuss** nimmt gem. § 96 GO in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Berlin, den 13. Juni 2007

Eckart von Klaeden Berichterstatter	**Dr. Herta Däubler-Gmelin** Berichterstatterin	**Marina Schuster** Berichterstatterin
Monika Knoche Berichterstatterin	**Kerstin Müller (Köln)** Berichterstatterin	

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333